





Kameras im Park

Kriminalität, Vandalismus, Verschmutzung und Bedrohungen sind in Schwertberg an der Tagesordnung.

Durch die Zuwanderung hat sich die Problematik weiter verschärft. Schon vor Jahren wurde durch freiheitliche Unterstützung Schwertberger Gemeinderat die Überwachung im Park beschlossen.

Wir waren davon überzeugt, dass diese einen Beitrag zu mehr Sicherheit, sowie zur Aufklärung der Kriminalität darstellt.

Nun mussten wir erfahren, dass diese Überwachung nie aktiv war. Der Schwertberger Gemeinderat muss jetzt weitere € 25000,- beisteuern, damit die Überwachungsanlage erst einmal in Betrieb genommen werden kann.

Die bisherigen Straftaten konnten aufgrund fehlender Überwachung nicht aufgeklärt werden, und die Straftäter können weiter ihr Unwesen treiben.

Als Sicherheitsbeauftragter wäre der Bürgermeister dafür verantwortlich gewesen, rasch für Aufklärung zu sorgen.

Leider ist er hier säumig, denn offensichtlich hat dieses Thema für die Verantwortlichen keine hohe Priorität.



Ortsparteiobmann

Steuergeld sinnvoller einsetzen!

Teuerungshilfe statt Impfkampagne

Über 40.000 € erhält unsere Gemeinde für eine Impfkampagne 2022 von der Bundesregierung fürs Budget.

Derzeit leiden die Schwertberger Bürger unter den steigenden Preisen für Lebensmittel, Treibstoff und Energiekosten.

Sozial Schwache können sich das normale Leben nicht mehr leisten. Für Entlastungen ist aber offensichtlich kein Geld da.

Corona kann mittlerweile wie eine Grippe behandelt werden, das bestätigen viele Experten.

Deshalb fordern wir:

Schluss mit der Verschwendung von Steuergeldern!

Anstatt uns auf eigene Kosten mit Impf-Werbung zu beglücken, sollte das Geld lieber verwendet werden, um die Teuerungswelle einzudämmen, und unsere Bürger endlich zu

Dafür setzen wir uns auch im Gemeinderat ein.

> Am Foto, v.l.n.r.: Christian Gosztonyi Manuela Schaumberger Erich Hofstätter Ing. Paul Kashofer



Seltsame Entwicklung in Schwertberg

Die Parteienlandschaft schaut bei uns immer mehr nach einem Einheitsbrei aus.

Die ÖVP wurde bei der letzten Wahl in Schwertberg zur dominierenden Kraft wählt, mit absoluter Mehrheit. Die Wahl war kurz vor dem Zusammenbruch der ÖVP-Bundespartei, die leider mittlerweile nur mehr mit Korruptionsskandalen und Zersetzungstendenzen beschäftigt ist. In Schwertberg werden keine Anträge von anderen Parteien geduldet, sofern es sich um herausragende Themen handelt. Sofort wird man mit Rückzugsempfehlungen und Ahwehrreaktionen konfrontiert.

Die Grünen als Oppositionspartei waren in der vorhergehenden Legislatur immer wieder die verlässlichsten Mehrheitsbeschaffer der ÖVP. Für diese Nibelungentreue wurden sie von der ÖVP fürstlich belohnt.

Alles was von den Grünen kommt wird nahezu automatisch unterstützt. Sei es die Klimanotstandsgemeinde, Baumpflanzaktionen und Blumenwiesen, wohin das Auge reicht.

Die Sozis als Oppositionspartei mit 7 Mandaten sind vor dem Bürgermeister total eingeknickt. Mittlerweile stimmen sie unsere Anträge, gegen die mehr Entlastung unserer Schwertberger Bürger fordern. Offensichtlich nur. damit Freiheitlichen mit dem trag alleine da stehen.

lm Jahr Was ist passiert? 2016 hatte unser Herr Bürgermeister eine glorreiche Idee. Er wollte den 1. Mai nicht mehr als "Tag der Arbeit" (samt Maibaumaufstellen) feiern. sondern als Erntedankfest unter der Patronanz unseres Pfarrers Herrn Leonhard zelebrieren.



GR Erich Hofstätter Fraktionsobmann

Das heißt im Klartext er wollte den Sozis ihren heiligsten Tag im Jahr wegnehmen. Gescheitert ist das am heftigsten Widerstand der damaligen SPÖ Schwertberg. In der Neuaufstellung der Schwertberger SPÖ ist kein Unterschied mehr zur ÖVP zu erkennen.



Flurreinigung 2022

Wir waren wieder dabei: Wenn es um die Sauberkeit unserer Umwelt geht, legen wir gerne persönlich Hand an!



Runder Geburtstag

Unser Mitglied Friedrich Katzenhofer hat dieses Jahr seinen 70er gefeiert. Die FPÖ Schwertberg freut sich mit ihm und überreichte einen Geschenkkorb.



Erinnerung:

Hochwasser 2002

Vor 20 Jahren hat sich in Schwertberg eine Katastrophe ereignet.

Massive Schäden waren die Folge dieses Hochwassers. Wir kämpfen deshalb seit Jahren für die Sicherheit unserer Bürger im Schwertberger Gemeinderat.

Bei den vielen Projekten der vergangenen Jahre haben wir konsequent mitgewirkt. Viele Projekte wie beispielsweise die Rückhaltebecken konnten mittlerweile er-



folgreich umgesetzt werden.

Auf diesen Errungenschaften dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Denn ein Rückhaltebecken kann den Regen nur für bestimmte Zeit aufhalten.

Deshalb müssen die Gewässer laufend ausgeräumt, und von Hindernissen befreit werden, damit das Wasser auch weiterhin abfließen kann.

Für ein friedliches Europa:

Neutralität bewahren

Liebe Schwertbergerinnen und Schwertberger,

derzeit haben wir etwa 26 ukrainische Flüchtlinge in Schwertberg aufgenommen. Alle diese Menschen mussten ihre Existenz, ihre Freunde, ihre Arbeit und beinahe ihr ganzes Hab und Gut wegen des Krieges zurücklassen.

Wenn man wie wir in Österreich lebt, kann man sich diese Tragik kaum vorstellen, was es bedeutet, von heute auf morgen kein Zuhause mehr zu haben.

Wir wollen deshalb, dass die Eskalation rasch ein Ende nimmt, und

dass es bald wieder zu Friedensverhandlungen zwischen den Konfliktparteien kommt.

Waffenlieferungen, Sanktionen und Propaganda auf beiden Seiten verhindern eine friedliche Lösung.

Darum müssen wir unsere Neutralität in Österreich mehr denn je verteidigen und bewahren.

Jeden 26. Oktober feiern wir diese Neutralität und sollten uns stets bewusst sein, wie wichtig sie für uns alle ist.



Manuela Schaumberger Ersatzgemeinderätin

Es wird immer schlimmer:

Arztemangel

Als 5-facher Familienvater fällt es mir und meiner Frau in letzter Zeit schwer, in Schwertberg für die Behandlung meiner Kinder einen Kassenarzt zu finden.

Das fällt deshalb schwer, da die 2 verbleibenden Kassenärzte (Dr. Posawetz und Dr. Rohrauer) keine neuen Patienten mehr übernehmen.

Deshalb sehen wir uns gezwungen, nach Ried, Perg, oder Mauthausen auszuweichen, oder für die Behandlung zu bezahlen.

Jede Familie weiß, dass man in

Zeiten wie diesen jeden Cent 2 mal umdrehen muss. und die Behandlung bei einem Wahlarzt fast nicht zu bezahlen ist.

Während die SPÖ als sogenannte "soziale Partei" offensichtlich die höchste Priorität im Aufstellen des Maibaums sieht, kann der Bürgermeister trotz seiner Kontakte keine Ärzte für das Gesundheitszentrum begeistern.

Es wäre angeraten, wenn Kassenärzte in Schwertberg sichergestellt werden, um die 2 verbliebenen Kassenärzte zu entlasten.



Wolfgang Barnreiter Ersatzgemeinderat

Umstellung

Keine große Biotonne mehr

Die Gemeinde plant eine Umstellung der Biotonnen. Dabei soll die große Biotonne zukünftig wegfallen.

Wir haben uns bereits in den Ausschüssen dafür eingesetzt, dass möglichst keine Nachteile durch die Umstellung entstehen.

Wir fordern deshalb:

- Die Entleerung der kleinen Tonne muss wesentlich günstiger sein- Vorteil für den Haushalt durch weniger Kosten.
- Die Kosten müssen auch dauerhaft wesentlich günstiger bleiben.
- Der Tausch von großer auf kleine Tonne MUSS kostenlos seinkeine Doppelbelastung unserer

Bürger.

- Die Kosten für 4 kleine Tonnen dürfen nicht höher sein, als für die große Tonne. Wenn eine Tonne also nicht reicht, können mehrere kleine Tonnen angeschafft werden.
- Es muss eine akzeptable Lösung für den Grünschnitt geben.
- Die Abgabe von Grünschnitt muss weiterhin kostenlos sein. Nicht jeder möchte oder kann den Grünschnitt selbst zur Deponie bringen. Dafür müssen Alternativen geschaffen werden, die sich preislich in Grenzen halten.

Wenn unsere Forderungen erfüllt

werden, entstehen kaum Nachtei-

Die Umstellung bietet aber auch Vorteile. Der größte Vorteil ist, dass mit der kleinen Tonne viel weniger Kosten entstehen. Durch den Wegfall der großen Tonne fällt die Notwendigkeit, die Abholung der Tonnen von zwei Anbietern durchführen zu lassen. Das spart der Gemeinde Steuergeld und schont unsere Umwelt.

Tipp: Wer einen eigenen Garten hat, kann auch den Biomüll selbst kompostieren. Die Gemeinde bietet dazu eigene Workshops an, die bei der Umsetzung sehr hilfreich sein können.



Mitbestimmung ist ein patriotischer Wert

Mittlerweile haben 1,4 Mio. in Österreich lebende Menschen kein Wahlrecht. Rund um die Jahrtausendwende waren noch rund 580.000 Personen mit Wohnsitz in unserem Land, die kein Wahlrecht mangels österreichischer Staatsbürgerschaft hatten. Somit hat sich diese Personengruppe inzwischen mehr als verdoppelt.

FPÖ-Landesparteisekretär, LAbg. Michael Gruber betont dazu: "Für uns gilt ebenso wie für die österreichische Staatsbürgerschaft, dass das Wahlrecht ein hohes Gut ist. Faktum ist,

dass EU-Bürger sich sowohl bei den Wahlen zum Europäischen Parlament als auch bei den Kommunalwahlen aktiv mit ihrem Stimmrecht einbringen können, sie somit in ihrem Wohnort an der Demokratie partizipieren können. Etwaiges parteipolitisches Kalkül ist in dieser Frage nicht angebracht. Da gibt mit uns mit Sicherheit keine Diskussion und Kompromisse, auch wenn für die anstehende Bundespräsidentenwahl nun wieder neue Wählergruppen entdeckt werden. Das wurde in Wien schon längst probiert,

Staatsbürgerschaft ist ein Gütesiegel – Mitbestimmung ein patriotischer Wert

um Stimmenmaximierung zu erzielen."

Die Zahlen belegen vor allem deutlich und eindrucksvoll, dass Österreich seit 20 Jahren einen enormen Zustrom an Fremden hatte und zu viel an ungeregelter Zuwanderung hat. "Dieser linke

EUROPÄISCHE UNION
REPUBLIK ÖSTERREICH

Fingerzeig kommt wohl aus einem Büro von speziellen Spindoktoren. Es ist dies klar eine klassische Themenverfehlung. Wir sollten nicht über ein etwa-

iges Wahlrecht bei überregionalen Wahlen für ausländische Staatsbürger diskutieren, sondern uns Gedanken darüber machen, dass wir in unserem Land mit einer Massenmigration konfrontiert sind, bei weiter gleich bleibender Tendenz sind wir als Österreicher über kurz oder lang die Minderheit im eigenen Land." Es sei, so der FPÖ-Landesparteisekretär angesichts dieses markanten Anstiegs auch ganz klar die Frage zu stellen, "wie viele dieser 1,4 Mio. in Österreich Lebenden einer Erwerbstätigkeit nachgehen bzw.

wie viele Nettoempfänger vom Sozialstaat sind. Ich erwarte mir von jenen, die bei diversen Wahlgängen immer wieder neue Wählerschichten erfinden oder unser Staats- und Wahlrecht aufweichen wollen, sich genau so intensiv und effektiv Gedanken darüber zu machen, wie die Österreicher in Zeiten wie diesen wirksam unterstützt werden können."

"In keinem Land auf der Welt geht man mit einem patriotischen Wert so um, wie bei uns. Die österreichische Staatsbürgerschaft und das damit einhergehende Wahlrecht ist ein hohes Gut und unsere Gesetze regeln, welche Voraussetzungen nötig sind", so Gruber.

INFORMIERT BLEIBEN

Weitere Informationen zu unserem Wahlprogramm, unserem Spitzenkandidaten Manfred Haimbuchner und zu Veranstaltungen, findet ihr auf unserer Homepage sowie auf vielen Social-Media-Kanälen.

FPO www.fpoe-ooe.at



facebook.com/manfred.haimbuchner



t.me/manfredhaimbuchner



instagram.com/manfredhaimbuchner

Impressum:

Herausgeber: FPÖ Ortspartei Schwertberg Für den Inhalt verantwortlich: Ortsparteiobmann Ing. Paul Kashofer, Gartenstraße 16, 4311 Schwertberg Druck: Global-Print, Zamenhofstraße 43-45, 4020 Linz Verlags- und Herstellungsort: Gartenstraße 16, 4311 Schwertberg



Teuerung betrifft längst auch "Mittelschicht"

Die hohe Inflation und Teuerungswelle betrifft mittlerweile auch schon die Mittelschicht. "Die alibimäßigen Einmalzahlungen der Bundesregierung verpuffen komplett. Derzeit sind viele Menschen in unserem Land mit den Energie-Jahresabrechnungen konfrontiert und fragen sich zu Recht, wie sie sich das Leben, eine warme Wohnung noch leisten sollen", fordert der Landesparteiobmann der FPÖ Oberösterreich, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner von der Bundesregierung rasche und spürbare Maßnahmen.

"Österreich schläft wieder mal in der Pendeluhr, wenn man vergleicht, dass andere Länder schon längst mit Steuersenkungen versuchen, die Bürger aktiv zu unterstützen. Auch die absurde CO2-Steuer muss endlich komplett vom Tisch. Wir müssen endlich die Menschen steuerlich entlasten, ideologische unsoziale Steuern, die die Energie- und Spritpreise hausgemacht nochmals in die Höhe schnellen lassen, sind für die Bürger, aber auch für die Wirtschaft nicht mehr verkraftbar."

Derzeit würden viele Menschen die Jahresabrechnungen für Strom und Heizung - mit teils hohen Nachforderungen - erhalten. Dazu würden noch die hohen Spritpreise an den Tankstellen und beim täglichen Lebensmitteleinkauf kommen. "Viele Familien, aber auch Alleinerziehende wissen weder wie sie die Nachzahlungen bezahlen sollen, ganz zu schweigen, wie sie die Kühlschränke füllen können vor dem Hintergrund,

dass die Kosten sich verdoppeln oder sogar verdreifachen", mahnt der FPÖ-Landesparteiobmann ein, "dass die Bundesregierung endlich das Körberlgeld, dass der Finanzminister mit den hohen Sprit, Strom und Gaspreisen einnimmt, rasch an die Bevölkerung zurück gibt."

Steuersenkungen als spürbare Maßnahmen statt Einmalzahlungen überfällig

"Die nötigen und möglichen Maßnahmen der Steuersenkungen muss man nicht erst erfinden, sie müssen nur umgesetzt werden. Einmalzahlungen reichen nicht aus, dazu muss man kein Experte sein, um das bereits jetzt beurteilen zu können." Auf Grund der Kompetenzverteilung in Österreich habe das Land Oberösterreich selbst nahezu keine Möglichkeiten, um die Menschen zu entlasten.



Veränderung beginnt in der Gemeinde.

Sei ein Teil davon und werde aktiv.

Bitte leserlich und in Blockbuchstaben ausfüllen.

Vorname

Nachname

Adresse

Telefon

E-Mail

Gerne können Sie das Formular direkt in der Gartenstraße 16 in Schwertberg abgeben. Oder telefonisch unter 0680/5599176 bzw. per Email an paul.kashofer@gmx.at







HOLEN WIR UNS UNSER ÖSTERREICH ZURÜCK

Der freiheitliche Bundespräsidentschaftskandidat Dr. Walter Rosenkranz tritt an, um die falsche Politik der letzten Jahre in unserem Land zu korrigieren. Eine gute Zukunft für unser Österreich bedeutet daher die Rückkehr des Österreich, das wir kennen und lieben gelernt haben – mit all seinen vertrauten Werten und Errungenschaften.

"Unsere Freiheit wurde in den letzten zweieinhalb Jahren mit häufig unverhältnismäßigen Maßnahmen erheblich eingeschränkt. Damit muss ein für allemal Schluss sein. Das bedeutet: Nach der Impfpflicht muss auch das COVID-Maßnahmengesetz fallen und Covid aus der Liste der anzeigepflichtigen Krankheiten gestrichen werden. Nur so wird neuen freiheitsfeindlichen Maßnahmen die Rechtsgrundlage entzogen", so der freiheitliche Bundespräsidentschaftskandidat Dr. Walter Rosenkranz gleich zu Beginn

Darüber hinaus seien Sicherheit und Wohlstand der Bürger durch die Kostenlawine als Folge der falschen Corona-Politik und der selbstzerstörerischen Russland-Sanktionen gefährdet. Dieses Thema ist auch FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner der aktuellen Krise sehr wichtig: "Die EU will die militärischen Muskeln spielen lassen und Kriegsführer spielen. Österreich muss sich raus und fernhalten. Österreich muss wieder neutral werden."

seiner ersten Pressekonferenz.

Die Stimmung in der Bevölkerung, die der freiheitliche Kandidat beim Start seiner ersten Wahlkampfphase bei Veranstaltungen in der Steiermark, Kärnten und Oberösterreich erlebt habe, sei sehr positiv gewesen. "Wenn sich dies in 'Rest-Österreich' so fortsetzt, müssen sich jene 'Experten', die meinen, der Amtsinhaber würde schon im

ersten Wahlgang gewinnen, in Acht nehmen. Wir haben die sehr große Chance, dass es eine Stichwahl geben wird und wir uns unser Österreich wieder zurückholen", so Rosenkranz.

Auch Manfred Haimbuchner zeigt sich überzeugt,

dass mit Walter Rosenkranz eine echte Alternative zur Wahl steht: "Rechts ist die Freiheit und wir brauchen einen Präsidenten, der in der Lebenswirklichkeit steht. Die Familie, die Freiheit, die Umwelt, der Wohlstand und das Leistungsbewusstsein müssen in Zeiten der Krisen im Vordergrund stehen. Mit Walter Rosenkranz haben

wir einen Kandidaten für die Bundespräsidentschaftswahlen, der für die Freiheit, die wir meinen und für unsere Heimat einsteht."

Dr. Manfred Haimbuchner Landeshauptmann-Stv.